

# Was ist so anders an dem Apartheid-Bericht von Amnesty?

Maureen Clare Murphy, [electronicintifada.net](http://electronicintifada.net), 03.02.22

**Wodurch unterscheidet sich der neue Bericht von *Amnesty International*, in dem festgestellt wird, dass Israel das Verbrechen der Apartheid an den Palästinensern begeht, von den vorherigen Berichten?**

Die „hysterische“ Reaktion Israels auf die Amnesty-Studie (wie es in einer *Haaretz*-Schlagzeile heißt) unterscheidet sich allerdings deutlich von der relativ zurückhaltenden Resonanz auf ähnliche Berichte, die unlängst von *B'Tselem*, einer Menschenrechtsgruppe in Israel, und der in New York ansässigen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch veröffentlicht wurden.

Amnesty räumt mit dem Gründungsmythos Israels auf und bestätigt, dass es von Anfang an rassistisch war - eine Abkehr von der typisch liberalen Haltung, dass Israel irgendwann von seinen Idealen abgewichen sei.

Palästinensische Menschenrechtsgruppen wie *Al-Haq*, *Adalah* und *Al Mezan* setzen sich schon sehr viel länger für einen Apartheid-Rahmen ein und die Berichte der oben erwähnten israelischen und internationalen Gruppen bauen auf ihrer Arbeit auf.

*Amnesty*, *Human Rights Watch* und *B'Tselem* haben das israelische Herrschaftssystem im gesamten historischen Palästina untersucht, das die israelischen Juden privilegiert und die Palästinenser an den Rand drängt und ihre Rechte in unterschiedlichem Maße verletzt, was weitgehend davon abhängt, wo sie leben. Und im Gegensatz zu den von palästinensischen Gruppen veröffentlichten Analysen versäumen es diese drei als bahnbrechender Paradigmenwechsel begrüßten Berichte, das israelische Apartheidsystem in den Kontext des Siedlerkolonialismus zu stellen. (Eine Schlüsselwortsuche im Amnesty-Bericht liefert drei Ergebnisse für die Begriffe „Kolonialismus“ und „kolonial“, die in den Titeln der in den Fußnoten zitierten Werke vorkommen).

Amnesty betont mehrfach „die Absicht Israels, dieses System der Unterdrückung und Herrschaft aufrechtzuerhalten“, ohne ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die Apartheid ein Vehikel ist, um das Ziel der Siedlerkolonisierung zu erreichen: die Palästinenser aus dem Land zu vertreiben, damit sie durch ausländische Siedler ersetzt werden können.

Die Menschenrechtsgruppe stellt jedoch fest, dass „Israel seit seiner Gründung im Jahr 1948 eine eindeutige politische Strategie verfolgt, um eine jüdische demografische Hegemonie zu schaffen und aufrechtzuerhalten, und dabei die Herrschaft über das Land zu Gunsten der jüdischen Israelis zu maximieren und gleichzeitig die Zahl der Palästinenser auf ein Minimum zu reduzieren, ihre Rechte einzuschränken und sie daran zu hindern, diese Enteignung zu bekämpfen.“

Ehre, wem Ehre gebührt: Amnesty räumt mit dem Gründungsmythos Israels auf und bestätigt, dass es von Anfang an rassistisch war - eine Abkehr von der typisch liberalen Haltung, dass Israel irgendwann von seinen Idealen abgewichen sei.

Amnesty weist sogar darauf hin, dass „viele Komponenten des repressiven israelischen Militärsystems in den bestetzten Gebieten [Westjordanland und Gaza] ihren Ursprung haben in Israels 18-jähriger Militärrherrschaft über palästinensische Bürger Israels“, die 1948 begann, „und dass die Enteignung von Palästinensern in Israel bis heute andauert“.

Amnesty anerkennt ebenfalls, dass „im Jahr 1948 jüdische Einzelpersonen und Institutionen rund 6,5 Prozent des Mandatsgebietes Palästina besaßen, während Palästinenser etwa 90 Prozent des dortigen privaten Landbesitzes besaßen“, womit das gesamte historische Palästina vor der Gründung des Staates Israel gemeint ist. „Binnen etwas mehr als 70 Jahren hat sich die Situation umgekehrt“, fügt die Gruppe hinzu.

Dies ist also Israels Ziel - das von Amnesty hervorgehobene „System der Unterdrückung und Beherrschung“ ist das Mittel, mit dem es sich palästinensisches Land zugunsten ausländischer Siedler widerrechtlich angeeignet hat.

Schließlich sind die zionistischen Siedler nicht aus Europa nach Palästina gekommen, um die Palästinenser zu beherrschen und zu unterdrücken, sie kamen in der Absicht, ihr Land zu besiedeln.

Wie das Jerusalemer Rechtshilfe- und Menschenrechtszentrum (*Jerusalem Legal Aid and Human Rights Center*), eine palästinensische Gruppe, erklärt, „sollte jede Anerkennung Israels als Apartheidstaat im Kontext seines siedlerkolonialistischen Systems gesehen werden“.

Amnesty verzichtet auch darauf, über Zionismus, Israels rassistische Staatsideologie, auf der das Projekt des Siedlerkolonialismus aufbaut, zu diskutieren.

So hat *Adalah Justice Project*, eine in den USA ansässige Menschenrechtsgruppe, Amnesty am Mittwoch gefragt: „Ist es möglich, die Apartheid zu beenden, ohne das zionistische Projekt des Siedlerkolonialismus zu beenden?“

[Twitternachrichten im engl. Originalartikel]

### **Grundlagen schaffen für Rechenschaftspflicht**

Trotz dieser erheblichen Mängel bietet die Amnesty-Studie eine solide Grundlage, um Israel innerhalb des unzulänglichen Rahmens des Völkerrechts zur Rechenschaft zu ziehen, und sie spricht dazu eindringliche Empfehlungen aus.

Amnesty schließt sich den palästinensischen Gruppen an, die den Internationalen Strafgerichtshof auffordern, „die Begehung der Straftat der Apartheid zu untersuchen“ und seinen Chefankläger auffordern, „die Anwendbarkeit des Verbrechens gegen die Menschlichkeit auf die Apartheid im Rahmen seines laufenden förmlichen Prüfverfahrens“ im Westjordanland und im Gazastreifen zu prüfen.

Da der IStGH keine territoriale juristische Zuständigkeit in Israel hat, fordert Amnesty den UN-Sicherheitsrat auf, entweder „das Ganze an den IStGH zu verweisen“ oder „ein internationales Tribunal einzurichten,

um mutmaßliche Täter“ des menschenrechtlichen Verbrechens der Apartheid „zu verurteilen“. Amnesty fügt hinzu, dass der Sicherheitsrat „auch gezielte Sanktionen wie das Einfrieren von Vermögenswerten gegen die am stärksten involvierten israelischen Amtsträger ... und ein umfassendes Waffenembargo gegen Israel verhängen muss.“

Einige US-Kongressabgeordnete der Demokratischen Partei unterstützen öffentlich die Ergebnisse von Amnesty und Cori Bush forderte, die „Unterstützung dieser Gewalt durch die US-Steuerzahler“ zu beenden

Amnesty bekräftigt seine „langjährige Forderung“ an die Staaten, alle Formen der Militärhilfe und Waffenverkäufe an Israel auszusetzen, und fordert die palästinensischen Behörden außerdem auf, „zu gewährleisten, dass jegliche Art von Beziehungen zu Israel und vor allem im Rahmen der Sicherheits-koordinierung nicht zur Aufrechterhaltung des Apartheidsystems gegen die Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen beiträgt“.

Außerdem weist die Organisation auch darauf hin, dass Israel das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr anerkennen und den palästinensischen Opfern „volle Wiedergutmachung“ leisten muss, einschließlich der „Rückgabe aller auf rassistischer Grundlage erworbenen Besitztümer“.

[Twitter Nachrichten]

Diese Forderungen Amnestys, die nach eigenen Angaben die größte Menschenrechtsorganisation der Welt ist, gehen weit über die von *Human Rights Watch* und *B'Tselem* gestellten Forderungen hinaus. Dies erklärt in gewisser Weise, warum Israel und seine Vertreter und Apologeten versuchten, Druck auf Amnesty auszuüben, damit der Bericht vor der Veröffentlichung zurückgezogen wird, und nachdem dies nicht gelungen ist, greifen sie nun auf die üblichen haltlosen Anschuldigungen des Antisemitismus zurück.

[Twitter Nachrichten]

Der israelische Außenminister Yair Lapid versuchte, den Amnesty-Bericht zu diskreditieren, indem er sagte, „er spiegelt Propaganda wider“ und „dieselben Lügen, die von terroristischen Organisationen verbreitet werden“, wobei er sich auf prominente palästinensische Gruppen bezog, die kürzlich von Israel für illegal erklärt wurden. „Wenn Israel kein jüdischer Staat wäre, würde es niemand bei Amnesty wagen, eine solche Forderung zu stellen“, fügte Lapid hinzu.

In ihrem Bericht stellt Amnesty fest, dass „palästinensische Organisationen und Menschenrechtsverteidiger, die sich an vorderster Front gegen die Apartheid engagieren und Kampagnen führen, seit Jahren israelischen Repressionen ausgesetzt sind, als Strafe für ihre Arbeit“.

Während Israel palästinensische Menschenrechtsgruppen als „terroristische Organisationen“ brandmarkt, setzt es israelische Organisationen, die die Apartheid anprangern, Verleumdungen und Delegitimierungskampagnen aus“, so Amnesty weiter.

Israel könnte die Erfahrung machen, dass solche Taktiken, wenn sie gegen die größte Menschenrechtsorganisation der Welt angewandt werden, niemanden jenseits seines eigenen Chors überzeugen werden. Der Versuch des israelischen Premierministers Naftali Bennett, der zusammen mit Lapid den Amnesty-Bericht

vorsorglich angriff, um „der Geschichte zuvorzukommen“, hat nur dazu beigetragen, die Assoziierung Israels mit der Apartheid zu verstärken. Es sorgte auch dafür, „dass der Bericht viel mehr Aufmerksamkeit erhielt, als es sonst der Fall gewesen wäre“, wie es ein *Haaretz*-Kolumnist sieht.

### **Den Status der Apartheid im Mainstream verankern**

Es gibt einen weiteren entscheidenden Unterschied zwischen dem Amnesty-Bericht über die Apartheid und den Berichten, die vor ihm erschienen sind. Amnesty International ist eine Kampagnenorganisation mit Millionen von Mitgliedern und Unterstützer:innen, die, wie die Gruppe sagt, „unsere Forderungen nach Gerechtigkeit stärken“.

**Amnesty hat ihrem Bericht einen 90-minütigen Online-Kurs mit dem Titel „Die israelische Apartheid gegen die Palästinenser dekonstruieren“ hinzugefügt(1).**

**Sie hat auch einen auf YouTube verfügbaren 15-minütigen Minidokumentarfilm erstellt, der die Frage, ob Israel Apartheid praktiziert, für ein breites Publikum verständlich macht(2).**

Bisher hat Amnesty als Aktionsschritt lediglich einen höflichen Brief an den israelischen Ministerpräsidenten Naftali Bennett geschickt, in dem sie sich gegen Häuserzerstörung und Vertreibung ausspricht - eine nicht gerade inspirierende Aktion.

Die US-Sektion von Amnesty hat inzwischen bizarre Erklärungen abgegeben, in denen sie sich von der von den Palästinensern angeführten Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung distanziert und hat sogar erklärt, dass die Organisation nicht zur Besetzung selbst Stellung nimmt, sondern sich auf die Verpflichtungen Israels „als Besatzungsmacht nach internationalem Recht“ konzentriert.

Die deutsche Sektion hat sich inzwischen von dem Bericht distanziert und erklärt, dass „die deutsche Amnesty-Sektion keine Aktivitäten im Zusammenhang mit diesem Bericht planen oder durchführen wird“ aufgrund des Vermächtnisses des Holocaust und des anhaltenden Antisemitismus im Lande. Nicht zum ersten Mal hat Amnesty seine Solidarität in einer Weise eingeschränkt, die nachhaltig beschämend ist.

[Die deutsche Sektion hat ihre Haltung inzwischen geändert. Sie hat eine Erklärung auf ihrer Website veröffentlicht, in dem sie die Entstehung des Berichts beschreibt, auf ihre Grundsätze verweist und auf den englischsprachigen Bericht verlinkt – Ergänzung Pako.]

Sowohl *Amnesty International* als auch *Human Rights Watch* haben ihren Sitz in imperialistischen Ländern und wurden im Kontext des Kalten Krieges gegründet, wobei sie sich vor allem für die Rechte der Menschen im kommunistischen Osteuropa einsetzten.

**Ihre engen Rahmenbedingungen und Gründungsideologien haben sie in Opposition zu antikolonialen Befreiungskämpfen und der dafür notwendigen Gewalt gebracht, denn, wie Nelson Mandela es ausdrückte, „ist es der Unterdrücker, der die Art des Kampfes bestimmt, und den Unterdrückten bleibt oft nichts anderes übrig, als Methoden anzuwenden, die die des Unterdrückers widerspiegeln“(3).**

Diese grundlegenden Widersprüche bedeuten, dass westliche Menschenrechtsgruppen in Bezug auf die Befreiung der Palästinenser:innen stets kompromittierende, wenn nicht gar schädliche Positionen einnehmen werden, so wie *Human Rights Watch* kürzlich eine moralische Gleichwertigkeit der von Israel gegen die

belagerten Palästinenser:innen in Gaza angewandten Gewalt mit der des palästinensischen Widerstands gegen Israel vorgeschlagen hat. Aber die Aufklärungsmaterialien von Amnesty, einschließlich eines ausführlichen Fragenkatalogs, werden den Aktivist:innen an der Basis helfen, auf die Apologeten Israels zu reagieren, die von der Kritik an den Praktiken des Staates abzulenken versuchen, indem sie den Überbringer der Botschaft angreifen.

**Amnesty spricht sich dafür aus, dass die UN-Generalversammlung „die Sonderkommission gegen Apartheid, die ursprünglich im November 1962 eingerichtet wurde, wieder einsetzen sollte...**

Schließlich ist dies, wie ein scharfsinniger Beobachter auf Twitter schrieb, der einzige Pfeil im Köcher derjenigen, die sich für die Aufrechterhaltung des israelischen Apartheidsystems und der Straffreiheit einsetzen. Der Amnesty-Bericht ist ein starker Beleg dafür, dass eine Analyse, die über die Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens im Jahr 1967 hinausgeht, gerade zum Mainstream wird.

In der Zwischenzeit wiederholen Israel und seine Vertreter und Helfershelfer im US-Kongress und im Außenministerium immer wieder abgedroschene Themen, während sie den Kern von Amnestys Untersuchungsergebnissen übergehen. (Im Gegensatz dazu unterstützen einige Kongressabgeordnete, die der Demokratischen Partei angehören, öffentlich die Ergebnisse von Amnesty, wobei Cori Bush forderte, die „Unterstützung dieser Gewalt durch die US-Steuerzahler“ zu beenden). Aber wie die UN- und EU-Vertreter, die ständig von ihrem Engagement für den nicht existierenden Friedensprozess für eine Zwei-Staaten-Lösung schwadronieren, wirken diejenigen, die diese realitätsfernen Gesprächsthemen der Israelloobby nachplappern, zunehmend lächerlich.

### **Israel fürchtet den UN-Bericht**

Während sie den Begriff „Apartheid“ zurückweisen und Amnesty angreifen, haben Israel und seine Vertreter und Unterstützer eine noch größere Bedrohung der israelischen Straffreiheit im Blick.

Einem von dem Portal *Axios* eingesehenen Schreiben des israelischen Außenministeriums zufolge, hat Israel eine Kampagne geplant, deren Ziel es ist, eine ständige UN-Untersuchungskommission zu diskreditieren, die die Verletzung der Rechte der Palästinenser:innen durch Israel in allen von Israel kontrollierten Gebieten untersuchen soll.

**Der UN-Menschenrechtsrat (UNHCR) hat im Mai letzten Jahres nach dem 11-tägigen Angriff Israels auf den Gazastreifen, bei dem sich Palästinenser:innen überall in ihrer Heimat erhoben, mit knapper Mehrheit eine Resolution zur Einrichtung dieser Untersuchungskommission verabschiedet.**

Palästinensische Gruppen fordern die Staaten schon seit langem auf, „sich mit den tieferen Ursachen des israelischen Siedlerkolonialismus und der über das gesamte palästinensische Volk verhängten Apartheid zu befassen“, wie *Al-Haq* im Vorfeld der Abstimmung erklärte. Die vom UNHCR eingesetzte Untersuchungskommission, die von drei unabhängigen Menschenrechtsexperten durchgeführt wird, soll ihre Ergebnisse voraussichtlich im Juni vorlegen.

*Axios* berichtete letzte Woche, dass israelische Regierungsvertreter „äußerst besorgt darüber sind, dass der Bericht der Kommission Israel als ‚Apartheidstaat‘ bezeichnen wird“. Wie die Publikation *Axios* hinzufügt, dass „die Biden-Administration die Untersuchung nicht unterstützt und bei den UN-Haushaltsverhandlungen eine zentrale Rolle dabei spielte, Mittel dafür um 25 Prozent zu kürzen“. Eine parteiübergreifende Gruppe von 42 Kongressmitgliedern hat inzwischen den US-Außenminister aufgefordert, „sich für die Beendigung der skandalösen und ungerechten ständigen Untersuchungskommission einzusetzen.“ Doch Israel befürchtet offenbar, dass dieses Eingreifen nicht ausreichen könnte.

*Haaretz* berichtete diese Woche, dass namentlich nicht genannte „hochrangige israelische Regierungsvertreter“ besorgt sind, dass die UNO „bald die Erzählung akzeptieren könnte, dass Israel ein ‚Apartheidstaat‘ ist, was einen schweren Schlag für Israels Status auf der internationalen Bühne bedeuten würde.“

Ein UN-Konsens zur israelischen Apartheid „könnte zum Ausschluss Israels von verschiedenen internationalen Veranstaltungen einschließlich Sportwettbewerben oder kulturellen Ereignissen führen“, so heißt es darin weiter. Mit anderen Worten: die israelischen Regierungsvertreter befürchten, dass der Staat weltweit als Paria behandelt werden wird, so wie Südafrika vor dem Aus für die Apartheid in seinem Land.

Der Lenkungscommittee der von den Palästinensern angeführten Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung, inspiriert von der weltweiten Kampagne, die zum Ende der Apartheid in Südafrika beitrug, ist der Auffassung, dass „die Untersuchung der israelischen Apartheid durch die UN und ihre Mitglieder notwendige Schritte sind, um Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit für das palästinensische Volk zu erreichen“. Dieses Komitee fordert die ehemals kolonisierten Staaten auf, „die führende Rolle, die sie in der UNO bei der Beseitigung der Apartheid in Südafrika übernahmen, erneut zu übernehmen“.

*Human Rights Watch* fordert die Ernennung eines globalen UN-Gesandten für die Verbrechen der Verfolgung und Apartheid.

*Amnesty* spricht sich dafür aus, dass die UN-Generalversammlung „die Sonderkommission gegen Apartheid, die ursprünglich im November 1962 eingerichtet wurde, wieder einsetzen sollte, um sich auf alle Situationen zu konzentrieren zu können, in denen die schwere Menschenrechtsverletzung und das schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Form der Apartheid begangen werden.“ Diese Schritte hätten Auswirkungen für die Sache des palästinensischen Volkes innerhalb des UN-Systems hinaus, wo Einschüchterung und politischer Druck die Untersuchung und Debatte verhindert haben, ganz zu schweigen von der Strafverfolgung der israelischen Apartheid,“ so der Lenkungsausschuss der BDS-Bewegung.

Im Endeffekt unterscheidet sich die *Amnesty*-Studie vielleicht nicht grundlegend von früheren Studien. Aber der Kontext, in dem sie erscheint - während sich der internationale Konsens über die Anerkennung der israelischen Apartheid verdichtet, eine Untersuchung des Internationalen Strafgerichtshofs im Gange ist und mitten während eines Rückschlags für die israelische Spionage-Software - deutet darauf hin, dass ein neues Kapitel im weltweiten Kampf für die Freiheit Palästinas aufgeschlagen werden könnte.

*Maureen Clare Murphy* ist leitende Redakteurin bei *The Electronic Intifada*.

In einer früheren Version dieses Artikels wurde ein Zitat fälschlicherweise *Adalah-NY* und nicht dem *Adalah Justice Project* zugeschrieben. Der Artikel wurde korrigiert.

Quelle: <https://electronicintifada.net/content/what-makes-amnestys-apartheid-report-different/34771>

1. <https://academy.amnesty.org/learn/course/external/view/elearning/239/deconstructing-israels-apartheid-against-palestinians>
2. <https://www.youtube.com/watch?v=AUGICfaULXA&t=383s>
3. <https://www.ebb-magazine.com/essays/the-palestinians-inalienable-right-to-resist>
- 4.

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Siehe auch den Artikel: **Den Amnesty-Bericht weiterdenken – Palästina dekolonisieren!**

<https://lowerclassmag.com/2022/02/12/den-amnesty-bericht-weiterdenken-palaestina-dekolonisieren/>